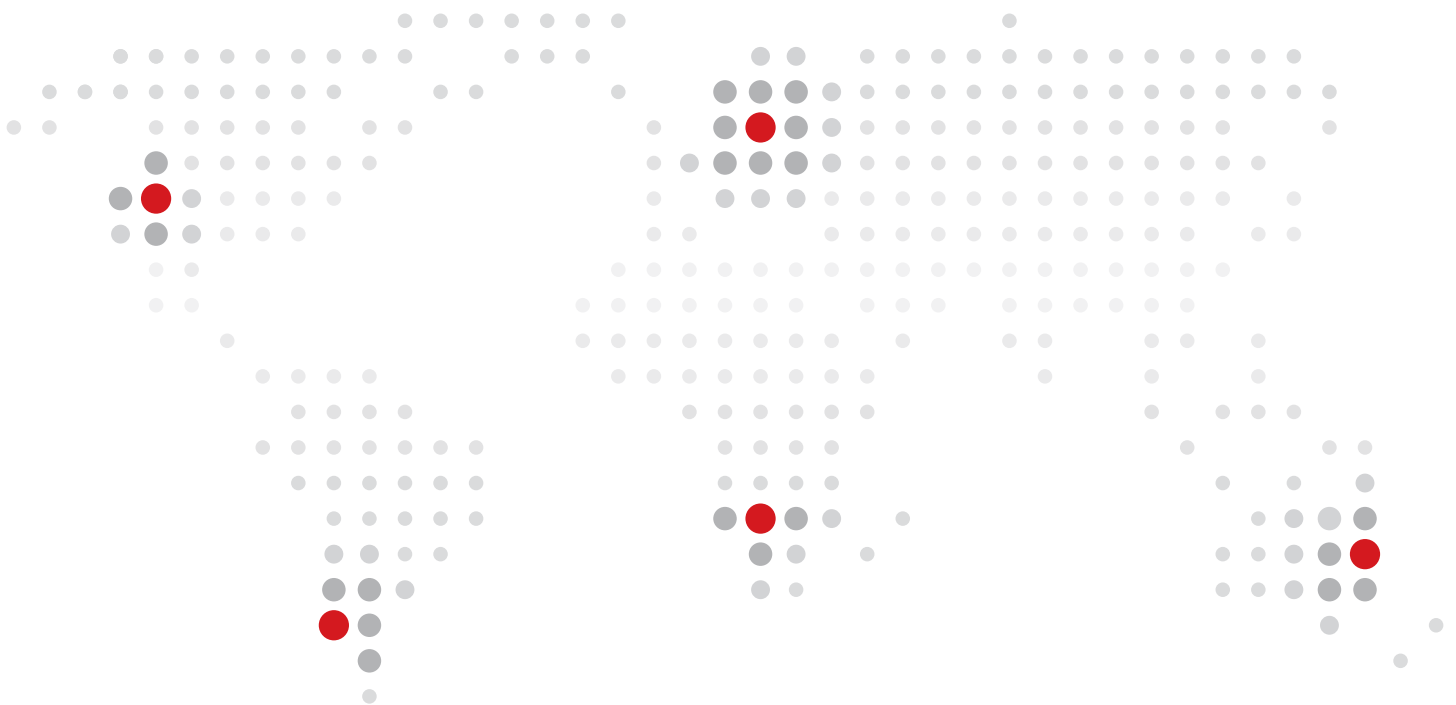


Unterhauswahlen in Japan

Wahlsieg der Regierung Abe,
Spaltung der Opposition

Sven Saaler

Oktober 2017



Bei den Neuwahlen zum Unterhaus des japanischen Parlaments am 22. Oktober 2017 hat die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) unter ihrem Vorsitzenden, Premierminister Shinzo Abe, erneut einen klaren Sieg errungen. Sie gewann 284 der 465 Sitze, genau so viel wie bei der letzten Wahl vor drei Jahren. Zusammen mit den 29 Sitzen des Koalitionspartners der LDP, der buddhistisch orientierten Partei Komeito, verfügt die Regierung weiterhin über eine Zweidrittelmehrheit im Unterhaus.

Der klare Sieg der regierenden Koalition ist vor allem drei Faktoren zu verdanken: Erstens verspürt die Bevölkerung ein gewisses Gefühl der Stabilität angesichts der nunmehr schon fünf Jahre dauernden Regierungszeit des Kabinetts Abe. Zweitens ist das Gefühl der politischen Stabilität eng verbunden mit einem Gefühl der Alternativlosigkeit, welche durch die Spaltung der Demokratischen Partei (DP), der größten Oppositionspartei, kurz vor der Wahl noch verstärkt wurde. Drittens trug erneut eine extrem niedrige Wahlbeteiligung zum Sieg der LDP bei, die ihrerseits eine überaus stabile Stammwählerschaft hat. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen, die Shinzo Abe an die Macht gebracht bzw. seine Regierung bestätigt haben, stetig zurückgegangen. Lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2009 noch bei 69%, so waren es 2012, bei Abes erster Wahl, lediglich 59% und 2014 nur noch 52,6% – jeweils Rekordtiefs in Japans Nachkriegsgeschichte. Bei der aktuellen Wahl war der Wert mit 53,6% leicht höher als 2014, was vor allem an der großen Zahl an Wählern lag, die vom System der vorgezogenen Abstimmung (in Wahlkabinen) Gebrauch machten.

Darüber hinaus trägt in Japan das Wahlsystem dazu bei, dass Wahlsiege stets sehr deutlich ausfallen: 289 der 465 Sitze werden im Direktwahlsystem vergeben, nur 176 Sitze nach Verhältniswahlrecht. Die LDP gewann, nicht zuletzt aufgrund der Zersplitterung der Opposition, 218 der 289 Direktmandate, allerdings nur 66 der 176 Sitze, die nach Verhältniswahlrecht vergeben wurden. Mit 48% der Stimmen (26,5 Millionen) hat die LDP damit 75% der Direktmandate errungen. Bei der Verhältniswahl erreichte die LDP lediglich 33% (18,5 Millionen) der Stimmen, während die zwei größten Oppositionsparteien zusammen genommen 37% (20,7 Millionen) der Stimmen bekamen.

Shinzo Abe hatte das Unterhaus am 28. September 2017 aufgelöst, nachdem sich die Popularitätswerte der Regierung über die Sommerpause wieder erholt hatten. In der ersten Jahreshälfte waren die Zustimmungsraten nach einer Reihe von Skandalen stark gesunken. Die Werte erholten sich angesichts der nordkoreanischen Raketen- und Nuklearversuche im Sommer, denn die Regierung nutzte diese Entwicklungen, um eine harte Linie gegenüber Nordkorea zu propagieren, während sie Dialog als nicht zielführend bezeichnete. Offiziell wurde die Auflösung damit begründet, dass Japan sich aufgrund der nordkoreanischen Politik in einer "nationalen Krise" (*kokunan*) befinde, für deren Bewältigung Abe die Bestätigung des Vertrauens der Bevölkerung brauche. Wie das erneuerte Mandat der Regierung Abe helfen soll, die Nordkorea-Krise zu lösen, bleibt allerdings bis auf Weiteres das Geheimnis des japanischen Premierministers.

Die japanische Opposition – auch das verdeutlichte die Wahl – befindet sich nach wie vor in einem desolaten Zustand. Kurz nach der Verkündung der Auflösung des Parlaments erklärte die populäre Gouverneurin der Präfektur Tokyo, Yuriko Koike, eigene Kandidaten ins Rennen schicken zu wollen. Koike war im August 2016 als erste Frau zur Gouverneurin gewählt worden und hatte dabei den von der LDP unterstützten Kandidaten geschlagen. Bei den Wahlen zum Präfekturparlament im Juli 2017 hatte sie der LDP (der sie bis 2016 selbst

angehörte) eine historische Niederlage beigebracht. Kandidaten ihrer damals noch lokalen Partei Tomin First (Tokyoites First) gewannen aus dem Stand 49 der 127 Sitze, während die LDP-Fraktion von 59 auf 23 Abgeordnete schrumpfte. Als sie die Gründung ihrer neuen „Partei der Hoffnung“ (Kibo no to) verkündete, entwickelte sich zunächst ein Klima der Euphorie – man traute der neuen Partei zu, aus dem Stand eine so große Zahl an Unterhaus-Sitzen zu erringen, dass sie die überragende Stellung der LDP herausfordern könnte. Einige Kommentatoren gingen gar so weit, einen Regierungswechsel vorherzusagen.

In der größten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei (DP), sah man nun die Gefahr, zwischen LDP und der neuen Partei von Frau Koike aufgerieben zu werden. So war es bereits bei der Wahl zum Tokyoter Präfekturparlament geschehen, als die DP nur noch zehn Sitze errungen hatte und damit nicht nur hinter der Koike-Partei und der LDP lag, sondern auch noch hinter der Komeito (23 Sitze) und sogar hinter der Kommunistischen Partei Japans (KPJ). Der Vorsitzende der DP, Seiji Maehara, entschloss sich daher zu einem Deal mit Koike: er beschloss, dass die DP keine eigenen Kandidaten für die kommende Wahl aufstellen würde, sondern dass die Unterhausabgeordneten seiner Partei in die Partei der Hoffnung eintreten und bei der Unterhauswahl als Kandidaten dieser Partei ins Rennen gehen werden. Da die DP schon seit Jahren mehr und mehr Sitze in Parlamenten auf allen Ebenen verliert, sah der Parteivorsitzende wohl jetzt den Zeitpunkt gekommen, die strauchelnde Partei aufzugeben und die Popularität der Partei der Hoffnung für seine eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Offenbar sah er keine Chancen, ein erneutes Wahldebakel für seine Partei abzuwenden, wenn zur LDP auch noch die Partei der Hoffnung als Gegner dazukommt. Der Parteichef hatte die Entscheidung allerdings ohne vorherige Konsultationen getroffen, so dass es letztlich zur Spaltung der Partei kam.

Denn nicht alle DP-Abgeordnete wollten mit Koike kooperieren, und die Parteivorsitzende erklärte auch öffentlich, dass sie sich DP-Kandidaten "aussuchen" werde und nur solche in ihrer Partei aufzunehmen bereit sei, deren politische Vorstellungen mit ihren eigenen übereinstimmen. Andere Kandidaten werde sie "aussortieren", so die Parteivorsitzende. Diese Äußerung wurde in der Bevölkerung scharf kritisiert und richtete einen massiven Image-Schaden für die neue Partei an., war andererseits aber auch schwer umzusetzen, da Koike anfangs kein Parteiprogramm vorgelegt hatte und lediglich eine Grundlinie ihrer Politik verkündet hatte, die sie als "reformorientierten Konservatismus" bezeichnete. Allerdings mussten DP-Politiker, die von der Partei der Hoffnung aufgestellt werden wollten, ein Dokument unterzeichnen, in dem sie bestätigten, dass sie a) die Verfassungsänderung befürworten; b) Japans aktive Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit befürworten; c) eine Erhöhung der Umsatzsteuer ablehnen; sowie d) das Kommunalwahlrecht für Ausländer ablehnen (sic). Daraus ließ sich klar erkennen, dass die Partei der Hoffnung nur schwer von der LDP zu unterscheiden ist (die KPJ bezeichnete die Partei der Hoffnung explizit als Unterstützungsgruppierung der Regierung Abe). Sowohl Abe und seine Anhänger in der LDP wie auch Koike sprechen auch explizit von Antikommunismus als Teil ihrer politischen Überzeugungen und äußern sich herablassend und abschätzig gegenüber liberal-progressiven Politikern. Das Insistieren auf der Ablehnung des Wahlrechts von Ausländern bei Kommunalwahlen als eine von vier zentralen Politikfeldern deutet auch auf eine wenig progressive Immigrationspolitik bzw. populistisch-nationalistische Ansätze hin. Koike ist zwar bekannt dafür, dass sie nicht nur gut Englisch, sondern auch fließend Arabisch spricht, allerdings hat sie sich in der Vergangenheit mit Äußerungen hervorgetan, die nur als rassistisch bezeichnet werden können. Sie fordert auch, dass Japan damit aufhört, sich

ständig für die Kriegsvergangenheit zu entschuldigen, und 2017 lehnte sie es als erste Gouverneurin der Präfektur Tokyo ab, ein bisher stets routinemäßig ausgestelltes Kondolenzschreiben für die koreanischen Opfer eines Massakers im September 1923 zu unterschreiben – mindestens 7.000 Koreaner waren in den Wirren nach dem Großen Kanto-Erdbeben ermordet worden, teilweise unter systematischer Anleitung von Polizeikräften. Koike ist auch Mitglied der reaktionären Vereinigung Nippon Kaigi (Japan-Konferenz), die sich gegen Geschlechtergleichberechtigung ausspricht, ein nationalkonservatives Weltbild propagiert und die Verehrung des Kaiserhauses ins Zentrum der Erziehung stellen will.

Das linksliberale Lager der DP, das eine Kooperation mit Politikern dieser Couleur ablehnt, gründete daraufhin ihrerseits eine neue Partei. Während die Partei der Hoffnung am 3. Oktober 2017 eine Liste mit etwa 200 Kandidaten für die kommende Unterhauswahl bekanntgab, von denen 110 ehemalige Mitglieder der DP waren, erklärte am 2. Oktober Yukio Edano, eine der zentralen Persönlichkeiten der DP, die Gründung der Partei für Konstitutionelle Demokratie (PKD). Mehrere frühe Minister, u.a. auch der ehemalige Premierminister Naoto Kan, traten der PKD bei, und in nur wenigen Wochen konnte die PKD die Partei der Hoffnung in den Schatten stellen. Letztlich gewann die PKD 55 Sitze und wurde damit aus dem Stand die größte Oppositionspartei, während die Partei der Hoffnung enttäuschte und nur 50 Sitze errang. Aufgrund der Spaltung der DP sieht sich die Regierung Abe der schwächsten Opposition seit der Einführung des aktuellen Wahlrechts im Jahre 1996 gegenüber; nur im Jahr 2012 wurde ein ähnliches Wahlergebnis verzeichnet als die Demokratische Partei Japans lediglich 57 Sitze erringen konnte.

Eine Reihe von ehemaligen DP-Abgeordneten, darunter der ehemalige Premierminister Yoshihiko Noda und der ehemalige Außenminister und DP-Vorsitzende Katsuya Okada entschlossen sich, weder der Partei der Hoffnung noch der PKD beizutreten, sondern als unabhängige Kandidaten anzutreten. Die meisten von ihnen konnten ihr Mandat verteidigen. 21 ehemalige DP-Abgeordnete werden im neuen Unterhaus als Unabhängige einen Sitz innehaben. Die Sympathien der Bevölkerung lagen also klar bei den ehemaligen DP-Abgeordneten, die der PKD beitraten oder als Unabhängige antraten – von den DP-Kandidaten, die der Partei der Hoffnung beitraten, konnte nur ein Drittel ihr Direktmandat verteidigen.

Die Umgestaltung der Parteienlandschaft wird sich in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen. Schon während des Wahlkampfes erklärten einige der ehemaligen DP-Abgeordneten, die sich der Partei der Hoffnung angeschlossen hatten, dass es zu Unstimmigkeiten mit der Parteiführung gekommen sei und sie mit dem Gedanken spielten, nach der Wahl die Partei wieder verlassen zu wollen. Das unerwartet schlechte Abschneiden der Partei der Hoffnung beeinträchtigt zweifellos die Integrität der Partei. Ähnlich wie andere Parteien, die sich in den letzten Jahren zwischen LDP und DP als eher konservativ orientierte Oppositionspartei positionieren wollten, könnte daher auch der Partei der Hoffnung ein baldiges Ende bevorstehen. Dafür spricht auch, dass Koike selbst nur eingeschränktes Engagement in ihrer eigenen Partei gezeigt hat und nicht selbst bei den Unterhauswahlen angetreten ist.

Angesichts des guten Abschneidens der PKD könnte sich die Partei zum neuen Kern eine liberal-progressiven Oppositionspartei entwickeln – einer erneuerten DP minus der konservativen Gruppierungen, die eher bei der Partei der Hoffnung verbleiben werden,

welche wiederum mit der Restaurationspartei (Ishin no to) verschmelzen könnte, welche von 14 auf 11 Mandate zusammenschumpfte. Vor der aktuellen Wahl hatte die PKD nur wenig Zeit, sich zu formieren und fand daher nur weniger als 100 Kandidaten, die sie ins Rennen schicken konnte. Die hohe Erfolgsquote dieser Kandidaten stand jedoch ganz im Gegensatz zu den Ergebnissen der Koike-Partei und wird zweifellos Eindruck auf ehemalige DP-Abgeordnete in anderen Gruppierungen wie auch die KPJ und die Sozialdemokratische Partei machen, die wie in der letzten Wahl lediglich zwei Sitze gewinnen konnte. Abzuwarten bleibt auch, wie sich die DP-Fraktion im Oberhaus verhalten wird, die vom Versuch der Fusion mit der Partei der Hoffnung bisher nicht betroffen war. Erste Äußerungen der DP-Führer im Oberhaus lassen darauf schließen, dass sich die Fraktion eher der PKD anschließen wird als der Koike-Partei. Bei den nächsten Wahlen zum Oberhaus, die für 2019 anstehen, könnte die Regierung Abe daher eine gestärkte Oppositionspartei als Gegner erwarten.

Deutlich verändern könnte sich durch das Wahlergebnis die Debatte um die Revision der japanischen Verfassung. Das Lager der eine Revision ablehnenden Gruppierungen ist nun auf die PKD, die KPJ und die SDPJ sowie eine Reihe von Unabhängigen zusammengeschrumpft und verfügt nur noch über weniger als 100 Sitze. Abgesehen von der Regierungskoalition unterstützen auch die Partei der Hoffnung und die Restaurationspartei prinzipiell eine Revision der Verfassung. Nach einer Untersuchung der Zeitung Asahi Shinbun in Zusammenarbeit mit der Universität Tokyo befürworten 82% der neu oder wiedergewählten Abgeordneten eine Revision der Verfassung. Da Premierminister Abe eine Verfassungsrevision als seine ultimative "Lebensaufgabe" bezeichnet hat, ist davon auszugehen, dass er die neue Situation im Unterhaus nutzen wird, um den Revisionsprozess in nicht allzu ferner Zukunft zu initiieren.



Imprint

© 2017
Friedrich-Ebert-Stiftung
Department of Western Europe / North
America
Division for International Dialogue
Hiroshimastr. 28
10785 Berlin
Germany

Responsible:
Sven Saaler, FES Representative in
Japan

FES Office Tokyo / Japan

Japan is an important partner for Germany in Asia. The two countries are key actors in the international arena and face similar political, social, economic and environmental challenges.

The FES Tokyo Office promotes Japanese-German dialogue, encourages multilateral discussions involving participants from East Asia, Europe and North America and helps to maintain and expand Euro-Japanese networks in politics, civil society and academia. The activities of the Tokyo office involve a broad spectrum of representatives from politics and civil society and it seeks to encourage academic exchange by organizing symposia and workshops.

Our activities focus primarily on security, climate and energy policy, but also extend to societal issues such as demographic trends in Japan and Germany and the high budget deficits in the industrialized world, including related economic issues such as recent developments in Japan's labor market and questions of consumer protection. Debates about historical legacies and history education in Europe and East Asia are also part of our program..

Friedrich-Ebert-Stiftung
7-5-56 Akasaka
Minato-ku
Tokyo, 107-0052
Japan
Tel: (03)-6277-7551
Fax: (03) 3-3588-6035
E-Mail: office@fes-japan.org
www.fes-japan.org

The views expressed in this publication are not necessarily those of the Friedrich-Ebert-Stiftung or of the organization for which the author works.